Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 36 (1944)

Heft: 7-8

Artikel: Nachkriegs-Landwirtschaft als internationales Problem

Autor: Rimensberger, E.F.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353168

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nachkriegs-Landwirtschaft als internationales Problem.

Von *E. F. Rimensberger.*

I. Landwirtschaft und Weltwirtschaft.

Wenn Europa — gleichviel, wer in diesem unglückseligsten aller Kriege siegt — nicht zwischen den Nöten und Aspirationen der Siegermächte und der Besiegten zerrieben werden will, muss es sich ein Mindestmass politischer, sozialer und wirtschaftlicher Ordnung geben: national und international. Uns beschäftigt hier die wirtschaftliche Ordnung, wobei gleich vorweggenommen werden mag, dass die soziale Ordnung weitgehend durch die wirtschaftliche Ordnung bedingt ist.

Die Ordnung Europas muss eine Ordnung mit dem *Blick nach aussen,* d. h. *auf die ganze Welt* sein, und zwar nicht nur aus ideologischen Gründen, sondern vor allem auch deshalb, weil für Europa, auch wenn es — der Krieg hat es bewiesen — in höherem Masse auf sich selbst angewiesen sein und für sich selbst sorgen kann, *eine Autarkie nicht möglich ist und nicht sein soll.* Insbesondere kommt eine volle Ernährungsautarkie sogar bei beträchtlicher Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion nicht in Frage.

Der Blick muss auch deshalb auf die ganze Welt gerichtet sein, weil, dessen sind wir uns heute wie gestern bewusst, letzten Endes nur eine « arbeitsteilige » Welt dieser selben Welt einen möglichst hohen Lebensstandard und allgemeines Wohlergehen sichern kann. Wird jedoch, so müssen wir fragen, eine arbeitsteilige Welt, die entweder durch *vollen Freihandel* oder *bewusste Organisation* zustande kommen kann, aus diesem Kriege hervorgehen, d. h. wird die Welt bewusst — nicht nur im liberalistischen Wechselfieber von Hochkonjunkturen und Krisen — so organisiert werden und werden können, dass überall dort der Lebensbedarf der Völker produziert wird, wo die besten und natürlichsten Voraussetzungen vorhanden sind? Oder werden als erste Bedingung des vollen Freihandels alle Zollschranken und sonstigen Handelshemmnisse (Kontingentierung, Devisenvorschriften, Kartelle usw.) in Wegfall kommen?

Wir glauben weder an das eine noch an das andere, weil 1. Glück und Wohlergehen der Menschheit noch nicht der ausschliessliche Sinn heutiger Wirtschaft und heutigen Wirtschaftens sind; 2. weil die meisten Länder auf ihre Unabhängigkeit, die der vollen Handelsfreiheit bzw. der weltweiten Organisation im Wege steht, nicht verzichten wollen; 3. weil « Politik » und der Drang, möglichst sofort, möglichst allein und kräftig ins « Geschäft » zu kommen, auch weiterhin *vor* Wirtschaft und Wirtschaftlichkeit

gehen werden; 3. weil im Chaos der kommenden politischen und sonstigen Unsicherheiten die meisten Länder in hohem Masse weiterhin auf sich selber angewiesen sein werden und weitgehend für sich selber werden zu sorgen haben; 4. weil die nach den Prinzipien des rein vernunftmässigen Handelns und der höchsten Wirtschaftlichkeit aufgebaute Wirtschaft *in vielen Fällen gar nicht möglich und vielleicht nicht einmal immer wünschenswert ist.*

II. Wirtschaft und Landwirtschaft.

Der vierte Einwand gilt insbesondere für die Landwirtschaft. Während die systematische Durchführung der nationalen und internationalen Arbeitsteilung bei der Industrie an sich noch denkbar ist, da sich die Industrie im allgemeinen leicht und auf kürzere Sicht umstellen, auswandern und einwandern, ja sogar verschwinden und durch andere Industrien ersetzt werden kann, so sind die Bodenbeschaffenheit und das Klima eines Landes feste Gegebenheiten. *Auch die in einem Lande wohnenden Bauern sind feste Gegebenheiten, Menschen, die zum Land und zu uns gehören, die leben müssen und leben sollen,* es sei denn, dass man gerade *sie* wegen rationeller Arbeitsteilung vor die Hunde gehen und sie unter gewissen Umständen völlig verarmen oder gar durch die « wirtschaftlichen Zwangsläufigkeiten » ausrotten lässt, d. h., ohne dass dabei irgendeine offensichtliche Schuld der Mitbürger in Erscheinung tritt (weshalb viele Leute, die sonst sehr human sind und gerne an verfolgte oder von der Ausrottung bedrohte Menschen denken, ohne schlechtes Gewissen diese Möglichkeit der « kalten Ausrottung » eines ganzen Standes ihrer eigenen Volksgenossen ins Auge fassen oder in Kauf nehmen).

Die logischen und an sich sinnvollen Gesetze der nationalen, internationalen und weltweiten Arbeitsteilung können für die Landwirtschaft auch deshalb nicht in Frage kommen, weil man nicht je nach Umständen und Klima sagen kann, dass Bodenbeschaffenheit und Klima für die optimale Produktion dieser oder jener landwirtschaftlichen « Ware » sprechen und deshalb streng arbeitsteilig nur diese oder jene Kulturen angelegt werden sollen. Eine gewisse Abwechslung in der landwirtschaftlichen Produktion (Fruchtwechsel) ist schon deshalb nötig, weil optimale Resultate — die in der Landwirtschaft immer als *Gesamtresultate der ganzen Landwirtschaft* gewertet werden müssen — *gerade von dieser Abwechslung und Fruchtfolge abhängen.* So müssen z. B. vielleicht gerade in *dem* Boden, wo im letzten Jahr Getreide gepflanzt worden ist, im Interesse der *nächsten* Getreideernte in einer Zwischenkultur Kartoffeln oder andere Früchte angepflanzt werden, die vielleicht bei den bestehenden Bodenverhältnissen und beim bestehenden Klima an sich gar nicht optimale Resultate ergeben können. Und umgekehrt!

Mit andern Worten: es geht in allererster Linie bei der Landwirtschaft um ein *sinnvolles Ganzes*, was heisst, dass das System der Monokulturen, das vom rein arbeitsteiligen, mechanistischen Standpunkt aus national, international und im Weltmassstabe an sich richtig wäre, falsch sein kann und sehr oft falsch ist.

Wir sind heute nicht mehr die einzigen « Internationalisten », die diese Tatsachen einsehen und predigen. Es freut uns, hier neuerdings das Zeugnis eines Mannes anführen zu können, der im Hinblick auf das Wohlergehen der ganzen Menschheit ebenso international eingestellt ist wie wir und trotzdem, obwohl er überdies Engländer ist und damit natürlicherweise eine grosse Wertschätzung für die Industrie und Weltwirtschaft hat, heute ähnliche Schlussfolgerungen gelten lässt, wie wir sie schon in der Blütezeit des « laisser faire » vertreten haben. Wir meinen Harold Butler, den ehemaligen Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, der in seinem Buch « Der verlorene Friede » in diesem Zusammenhang sagt:

> « Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich jedoch seit den Tagen der liberalen Manchester-Schule so grundlegend verändert, dass eine Rückkehr zum alten « Laisser-faire »-Grundsatz nicht mehr denkbar ist. *Die Teilung der Welt in Länder, die Lebensmittel und Rohmaterialien erzeugen, und solche, die Industriegüter herstellen, hat sich nicht für alle von ihnen so vorteilhaft erwiesen, wie ursprünglich angenommen worden war.* Industrie lässt sich nicht als Sonderrecht einiger weniger Länder betrachten. Diese Anschauung würde das Bevölkerungsproblem vieler Agrarländer schlechthin unlösbar machen. Ihr Lebensstandard kann nur gehoben und ihre Geburtenziffern nur gesenkt werden, wenn ihr Ueberschuss an Landarbeitern in neue Industrien abgelenkt werden kann, wie es in Russland geschehen ist. Umgekehrt können die alten Industrieländer die fortschreitende Entvölkerung ihrer Landgebiete auf die Dauer nicht aushalten. *Ein gesundes Gleichgewicht zwischen Stadt und Land ist eine Grundvoraussetzung nationaler Gesundheit.* Beim ersten Blick scheint dies ein völliger Widerspruch mit der Tendenz zu einer engeren weltwirtschaftlichen Vereinigung zu sein, wenn aber sowohl nationale wie internationale Bedürfnisse gewissenhaft in gleicher Weise ins Auge gefasst werden, so sollte es nicht unmöglich sein, eine Methode für ihre Uebereinstimmung zu entdecken. »

Harold Butler kann sicherlich nicht in den Verdacht kommen, ein « Blut-und-Boden-Mann » zu sein. Wenn er trotzdem zu solchen Schlussfolgerungen gelangt, so deshalb, weil er weiss, dass diese lapidaren Tatsachen vielfach auch heute noch nicht eingesehen werden, dass es vielleicht nach diesem Kriege im Sinne von Wirkung und Gegenwirkung wieder allzu viele Asphaltjournalisten

geben wird, die mit einer gewissen Schadenfreude die auf diesem Gebiet während Jahrzehnten gemachten Fehler, die dem Faschismus und Nationalsozialismus so viel Aufschwung gegeben haben, wiederholen und fortsetzen möchten (abgesehen davon, dass es allzeit vor allem auch « Asphaltindustrielle » gegeben hat und geben wird).

III. Europäische Landwirtschaft.

Wie ein Volk als Ganzes gewertet, gehegt und gepflegt werden muss, so muss es auch die Landwirtschaft. Wenn Europa, d. h. die europäischen Völker, als Ganzes gehegt und gepflegt werden soll, so können wir es nicht zugeben, dass die Bauern der einzelnen Länder und im europäischen Massstabe, d. h. vor allem die Bauern des Balkans und Osteuropas im allgemeinen, verderben und sterben. *Die sinnvolle Weltorganisation kann nur kommen aus der sinnvollen nationalen und regionalen Organisation.*

Es ist eine weit verbreitete Redensart, dass der Balkan und im weitern Sinne der Osten Europas das « Pulverfass Europas » seien, dass dort letzten Endes die meisten Kriege ihren tieferen Ursprung gehabt hätten. Jene, die so reden, denken dabei meistens nur politisch. Jeder Krieg hat jedoch hauptsächlich *wirtschaftliche* Hintergründe. Dies gilt auch für diesen Fall, wobei die *wirtschaftlichen* Hintergründe hauptsächlich *landwirtschaftliche* Hintergründe sind.

Der erste Weltkrieg und sicherlich auch der zweite Weltkrieg wären vielleicht nicht über uns gekommen, wenn die in den vorangegangenen Kapiteln wiedergegebenen Erkenntnisse berücksichtigt worden wären.

Wo oder bei wem liegt der Fehler? Auf welche Umstände ist es zurückzuführen, dass die Bauern einzelner Balkanländer, die wahre « Kornkammern » sind, in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen buchstäblich hungerten, dass unvorstellbare hygienische und sonstige Zustände die Bevölkerung so dezimierten, als ob die Pest über das Land gegangen wäre?

Der Fehler liegt darin, dass es nicht zur Errichtung jener komplementären Wirtschaft, jenes Ausgleichs zwischen Industrie und Landwirtschaft gekommen ist, der in Europa zu einer sinnvollen Ordnung führen und aus ihm ein sinnvolles Ganzes machen kann.

Weshalb ist es nicht dazu gekommen? Weil man in Europa in der Zeit zwischen den beiden Kriegen mehr *Politik* als *Wirtschaft* gemacht hat, weil weder *national* noch *regional* jene Ordnung angestrebt worden ist, die die Lebensmöglichkeiten der einzelnen Länder Europas und damit auch die Existenz Europas als Ganzes gegenüber der Welt hätten sichern können (wobei die Balkanländer und die Länder Ost-Europas nicht nur das Opfer des « laisser faire » des übrigen Europas waren, sondern zum Teil auch das Opfer ihrer eigenen Uneinigkeit und « Politik »!)

„Eigentum des Vorstandes der SPD"

Der Zusammenbruch der Weltkonjunktur ist, so sagt man, durch den Börsenkrach in Neuyork im Jahre 1929 verursacht worden. Das ist, wenn man den unmittelbaren Anlass im Auge hat, richtig. Die tiefern Ursachen spielten jedoch schon vorher eine Rolle. Auch ohne Krach in Neuyork wäre früher oder später ein Krach in Europa gekommen. Das traditionelle Pulverfass in Europa, das sozusagen mit landwirtschaftlichen Produkten gefüllt war, hätte auch sonst eines Tages zum Platzen kommen müssen. Wenn auch der grosse Finanzkrach erst im Jahre 1929 gekommen ist, so krachte es vorher schon lange vor allem auch in den Getreidebörsen (allein in Polen sank z. B. der Preis von Weizen und Roggen vom Juli bis Oktober 1928 um nahezu ein Drittel).

Im Rahmen der Massnahmen zur Ueberwindung des Konjunkturzusammenbruchs von 1929 fanden allerlei Besprechungen statt, die insbesondere auch Osteuropa betrafen. Wir denken an die Besprechungen von Sinaia zwischen Rumänien und Jugoslawien im Jahre 1930 sowie an die Konferenz, die nachher Polen organisiert hat, und der Estland, Lettland, Rumänien, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Ungarn und Bulgarien beiwohnten. Es wurde dort beschlossen, Schritte zu unternehmen, um den westlichen Demokratien an den Verstand zu bringen, dass etwas geschehen müsse, um die Landwirtschaft der östlichen Länder Europas zu sanieren und jenen Ausgleich herbeizuführen, der die Rettung aller bedeuten kann. Wenn es nicht so weit gekommen ist, so liegt die Schuld teils bei den an der Konferenz versammelten Ländern selber, d. h. bei ihren politischen Uneinigkeiten und Aspirationen, und zum andern Teil bei den tauben Ohren der Westmächte, die von diesem natürlichen Ausgleich nichts wissen wollten, da er hauptsächlich einen Ausgleich zwischen Deutschland und dem Balkan bedeutet hätte, denn Frankreich litt selber an landwirtschaftlichen Absatzsorgen und tötete zum Teil seine eigene Landwirtschaft durch überseeische Bezüge und grosse Anlagen in den Kolonien, während England das gleiche tat und überdies andere und nähere Sorgen hatte (geographisch lagen sie allerdings gerade weiter weg). Die Politik der Westmächte war in dieser Hinsicht allzeit ebenso geradlinig wie falsch: von der Verhinderung des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland nach dem letzten Kriege bis zur Konferenz von Stresa im Jahre 1932, die speziell zwecks wirtschaftlicher und finanzieller Wiederherstellung Mittel- und Osteuropas abgehalten wurde, die die bestehenden Uebel und Notwendigkeiten klar erkannte, jedoch aus « politischen Gründen » ebenfalls keine positiven Schritte auszulösen vermochte.

Es ist ein bezeichnender Zufall oder auch kein Zufall, dass in das gleiche Jahr wie die Konferenz von Stresa auch die Konferenz von Ottawa fällt, die — es soll dies kein Vorwurf sein — England endgültig nach der Seite seiner Dominions orientierte und für alle jene einen schweren Schlag bedeutete — schweizerische Industrien

konnten darüber ein Lied singen und singen es heute noch —, die glaubten, England könne auf die Dauer seinem Ideal der freien Weltwirtschaft treu bleiben.

IV. Die Zwangslage Englands.

Wie liegen die Dinge heute? Glaubt ein vernünftiger Mensch, dass England, auch wenn es noch so gerne möchte, die früheren Zustände und Freiheiten wieder wird einführen können? Ist es in der Lage, jene an sich ganz natürliche Entwicklung abzustoppen, die, um ein typisches Beispiel zu geben, besonders deutlich im Los eines Landes zum Ausdruck kommt, das wirtschaftlich allzeit besonders starke Bindungen zu England pflegte und eines der treuesten Mitglieder des Sterlingblockes war: wir meinen Dänemark. Dieses Land hat sich besonders weitgehend arbeitsteilig organisiert, d. h. Getreide, Futtermittel (Oelkuchen), Kleie usw. systematisch aus Uebersee bezogen und dafür Veredelungsprodukte (Speck, Eier, Fleisch usw.) nach England geliefert. Der Anteil Englands an der dänischen Ausfuhr ist im Rahmen der Ottawa-Bestrebungen schon vor dem Kriege stark zurückgegangen: für Butter von 82,3% im Jahre 1932 auf 68,7% im Jahre 1939, für Eier (die vor dem letzten Krieg zu 98,1% nach England gingen!) von 68,7 auf 68%, für Fleisch (ohne Speck) von 12,8 auf 9,3% (1909 = 39,9%!). Immer mehr fügt sich natürlicherweise England in sein Empire ein. Während z. B. Neuseeland in den Jahren 1909 bis 1913 im Jahresdurchschnitt 20 Tonnen Kondensmilch und Milchpulver (eine Angelegenheit, die besonders auch die Schweiz angeht und unter der gewisse Fabriken heute noch leiden) einführte, führte es im Jahre 1937 bereits 11,200 Tonnen aus. Seine Ausfuhr von Butter stieg von 17,600 Tonnen im Jahresdurchschnitt 1909 bis 1913 auf 151,000 Tonnen im Jahre 1937. Die entsprechenden Zahlen für Käse sind 25,200 und 83,700 Tonnen. Australien führte in den Jahren 1909 bis 1913 im Durchschnitt 4300 Tonnen Kondensmilch ein und 1937 bereits 12,700 Tonnen aus. Sein Butterexport stieg im Jahresdurchschnitt 1909 bis 1913 von 35,200 auf 83,000 Tonnen im Jahre 1937, sein Export an Käse von 200 Tonnen auf 8500 Tonnen. Insgesamt stieg der Anteil des britischen Empires an der englischen Einfuhr von 1860 bis 1938 wie folgt: Nahrungsmittel insgesamt von 19,1 auf 43,3%; Schweinefleisch (Speck inbegriffen) von 1,4 auf 33,6%; Butter von 11,8 auf 50,6%; Getreide von 4,7 auf 46,8%.

Aehnliche Feststellungen wie für Dänemark lassen sich für Holland machen, wobei noch die Wirkung der Pfundabwertung hinzukam. Die Konferenz von Ottawa führte natürlicherweise zu Sondervergünstigungen für die Dominions, die z. B. Holland zwangen, die Preise für seine Veredelungsprodukte herabzusetzen und im Sinne der Beschränkung auf sich selber eine Erhöhung der Ackerfläche in Aussicht zu nehmen.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass England, dessen Partner des britischen Weltreiches in diesem Krieg so ungeheure Beiträge an Gut und Blut geleistet haben, in Zukunft noch mehr in die angedeutete Richtung getrieben werden und sich damit Europa, ob es will oder nicht, noch mehr entfremden wird. Europa aber wird noch mehr auf sich selber angewiesen sein.

V. Einzelabkommen und Gesamtplanung.

Anzeichen für diese Entwicklung können wir aus allen Konferenzen und Abmachungen herausspüren, die im Laufe dieses Krieges auf diesem Gebiet zu verzeichnen sind: von der Atlantic Charter bis zum Abkommen über das Nothilfewerk der Vereinten Nationen (Unrra), von der Konferenz von Hot Springs bis zur Währungskonferenz von Bretton Woods.

Bei allen diesen Abmachungen spielt Europa als Lebens- und Wirtschaftsraum kaum eine Rolle: jenes Europa, das nur leben und gedeihen kann, wenn es nicht nur Anhängsel der Grossmächte ist, sondern — immer im Bestreben der Herbeiführung weltweiter Abmachungen! — eine *lebensfähige Einheit, die eine landwirtschaftliche Ordnung für ihre einzelnen Glieder und für ganz Europa erhalten muss, ansonst die gleichen wirtschaftlichen Unmöglichkeiten und damit auch die gleichen Konfliktstoffe wie früher vorhanden sein werden.*

Wenn z. B. die Siegermächte glauben, eine *Weizenordnung* für die ganze Welt aufstellen zu können ohne Berücksichtigung der Zwangsläufigkeiten in den einzelnen Ländern und der regionalen Lebensnotwendigkeiten, so ist ihr Haus auf Sand gebaut, und ihre Planung wird mehr schaden als nützen. Wir sagen dies, obwohl wir im weitesten Sinne für internationale Ordnung und Planung sind.

Das internationale Weizenabkommen, wie es am 2. Juli 1942 von Argentinien, Grossbritannien, Kanada, USA. und Australien abgeschlossen worden ist, ist ein zweischneidiges Schwert. Die Weltproduktion an Getreide wird darin nicht nur skizziert, sondern im einzelnen festgelegt, wobei für die Organisierung der Erzeugung, der Ausfuhr, der Vorratshaltung und der Preise Verpflichtungen und Zwangsmassnahmen aufgestellt werden. Diese weitgehenden Planmassnahmen können uns als Gewerkschafter und Befürworter der Planung nicht in Schrecken versetzen, sie gehen jedoch gerade in den springenden Punkten nicht so weit, dass sich dieser Zwang auch wirklich lohnt und bezahlt macht. Es wird wohl gesagt, dass es « nationaler und internationaler Massnahmen » bedarf für die Regulierung der Weizenproduktion in den Export- wie in den Importländern, für die richtige Verteilung von Weizen und Mehl im Innen- und Aussenhandel zu Preisen, die für den Konsumenten tragbar sind und gleichzeitig für den Produzenten eine

angemessene Entschädigung darstellen, sowie endlich für die Aufrechterhaltung einer Weltversorgung, welche jederzeit den Bedarf der Konsumenten reichlich decken soll, ohne anderseits die Weltwirtschaft mit unerwünschten Ueberschüssen zu belasten. Anderseits wird ebenso deutlich ausgesprochen: « Ohne einen allgemeinen Abbau der Importerschwerungen gibt es keine grundsätzliche Lösung des Problems der Exportüberschüsse, und es sollten deshalb (nichts mehr und nichts weniger!, der Verf.) *keine* Massnahmen getroffen oder aufrechterhalten werden, welche einen solchen Abbau verzögern oder in irgendeiner Weise die Förderung des Welthandels beeinträchtigen. » Glaubt irgend jemand an diesen « Abbau », der während 20 Jahren mit dem Resultat gepredigt worden ist, dass die Handelshemmnisse immer grösser wurden? Was aber ist das Endresultat *ohne* diesen Abbau?

Ferner wird gesagt: « Die Wohltat reichlicher Weizenlieferungen kann den Konsumenten in der ganzen Welt nur zugute kommen, *wenn die unwirtschaftlichen Bemühungen zu kostspieliger Produktion zurückgehen,* wenn der Zugang zum Welthandel erleichtert wird und wenn *die Konsumenten mit Preisen belastet werden, welche nicht wesentlich über dem Weizenpreis im internationalen Handel liegen.* »

Das heisst letzten Endes mit andern Worten, dass den grossen Weizen-Exportländern alle Erleichterungen für den Absatz ihrer Produkte gewährt werden sollen, ohne die geringste Gewähr dafür zu geben, dass die Wirtschaft der Einfuhrländer auch wirklich in die Lage versetzt wird, den Weizen ihrerseits durch Export (natürlich vorwiegend von Industrieprodukten) zahlen zu können, ja, es ist im Abkommen von Hot Springs sogar in bezug auf « andere Erzeugnisse der *Landwirtschaft* » ausdrücklich gesagt worden, dass die Konferenz auf diesem Gebiete « *in bezug auf die zukünftige Aufnahmefähigkeit der Weltmärkte für solche Produkte zu keinen Schlussfolgerungen gelangen konnte* ». Während einerseits für die Lenkung der Erzeugung, der Ausfuhr, der Vorratshaltung und der Preise von Weizen und anderen Nahrungsmitteln scharfe Bestimmungen vorgesehen werden, wird den in Frage kommenden Ländern in bezug auf die Finanzierung ihres Bezugs lediglich die « allgemeine Entwicklung der Produktion in allen Wirtschaftszweigen » als « unerlässliche Voraussetzung » gegenüber gestellt, und es wurde darüber weiter nichts Konkretes beschlossen. Es wurden nur folgende an sich durchaus richtige jedoch nicht verbürgte Mittel und « Wege » aufgezeigt: « Die Entwicklung der Industrie », insbesondere auch in rückständigen Gebieten, « mit dem *Ziel* » der Vollbeschäftigung; die « Ausdehnung » des nationalen und internationalen Warenaustausches; der « Abbau » der zwischenstaatlichen Handelsschranken nebst Senkung der Handelskosten; eine « vernünftige » nationale und internationale Währungspolitik; die « Förderung » langfristiger internationaler Kapitalanlagen; eine

« grosszügige Sozialpolitik » mit Sicherung einer minimalen Lebenshaltung, « unter Umständen » durch « freie Abgabe von Nahrungsmitteln ». (Wer zahlt diese Nahrungsmittel?)

Wenn für den Absatz der verschiedenen landwirtschaftlichen Produkte ähnliche Vereinbarungen wie das Weizenabkommen zustande kommen — es sind solche an sich durchaus richtigen und zweckmässigen Einzelübereinkommen geplant! —, so müssten diese Vereinbarungen sehr scharf geprüft werden, bevor man sich auf sie einlassen könnte (falls den andern Ländern überhaupt die Ehre zuteil wird, dass sie befragt werden!). Wie vorsichtig man zu sein hat, geht schon daraus hervor, dass man vorläufig gar nicht unbedingt mit einem umfassenden Getreideabkommen rechnet, sondern das nunmehr zwischen den besagten Regierungen abgeschlossene Uebereinkommen sogar wieder hinfällig wird, falls das erweiterte internationale Abkommen innert zwei Jahren nach Einstellung der Feindseligkeiten nicht zustande kommt.

VI. Die Schweiz und Hot Springs.

Wir können uns der sich anbahnenden Planung nur einfügen, wenn sie mehr ist als eine « Plattform », von der aus die Völker der Welt lediglich mit irgendwelchen vagen politischen Plänen und Zielen geködert und « ideologisch mobilisiert » werden sollen. Mit der wirtschaftlichen Souveränität ist es wie mit der militärischen kollektiven Sicherheit: Irgendwelche Preisgabe von Souveränitäten kommt nur in Frage, wenn die in Aussicht gestellte Sicherheit eine sehr weitgehende Sicherheit ist.

Angesichts der grossen Meinungsverschiedenheiten unter den führenden Grossmächten und der Undeutlichkeit ihrer wirtschaftlichen Pläne ist grösste Umsicht geboten.

Wer für sich selber zu sorgen hat, hat es in erster Linie auf dem Gebiete der Ernährung des Volkes zu tun, für das er verantwortlich ist. Die Unsicherheit auf diesem Gebiete ist so gross und wird wahrscheinlich auch nach dem Kriege noch so gross sein, dass heute die meisten Länder, die die für ihre Selbsterhaltung nötige Entschlusskraft noch aufzubringen vermögen, entschlossen sind, *ihre Landwirtschaft als unbedingte Voraussetzung einer Minimalernährung zu schützen.*

Sie sind in diesem Bestreben durch die offiziellen Beschlüsse der Ernährungskonferenz von Hot Springs unterstützt worden, indem die Konferenz für die « unmittelbare Nachkriegszeit » den « vom Kriege heimgesuchten Ländern » (alle Länder gehören in diesem Kriege zu den heimgesuchten Ländern!) empfohlen hat,

> « *unter Hintansetzung von betriebs- und volkswirtschaftlichen* sowie ernährungshygienischen Rücksichten ihr *landwirtschaftliches Leistungsvermögen voll und ausschliesslich auf die Erzeugung von direkt der menschlichen Ernährung dienenden*

Lebensmitteln wie Gemüse und Brotgetreide einzustellen, welche je Hektare einen grösseren Kalorienertrag abwerfen als zum Beispiel die Viehzucht ».

Was das « *langfristige* Agrarprogramm » der Konferenz von Hot Springs betrifft, so lautet die erste Forderung in einigem Gegensatz zu den obigen « Weisungen », dass

> « sich die Landwirtschaft jeder Zone in bezug auf die Art der Produkte und die Anbaumethoden *nach den natürlichen und ökonomischen Bedingungen und Gegebenheiten zu richten habe* ». Im Sinne dieses Postulates wird zum Beispiel den Industriegebieten und -ländern empfohlen, « *sich auf die Produktion hochwertiger, leicht verderblicher Nahrungsmittel wie Milch, Fleisch, Eier, Früchte und Gemüse einzustellen, die Viehzucht auf der Einfuhr fremder Futtermittel aufzubauen und die Erzeugung von Getreide den dafür bestgeeigneten Agrargebieten zu überlassen* ».

Die Weltlage wird sich, so glauben wir, nach dem Kriege in absehbarer Zeit *nicht* so gestalten, *dass die Schweiz sich durch irgendwelche internationale Programme oder Zumutungen verpflichten lassen kann, ihren unter vielen Opfern und Mühen aufgestellten Plan auf dem Gebiete der möglichst hohen Selbstversorgung im Ernährungssektor preiszugeben zugunsten eines « langfristigen Programms », wie es in Hot Springs aufgestellt worden ist.*

Es darf nicht sein, dass wir wieder in das Fahrwasser jener trügerischen Monokulturen geraten, die nur Zweck und Sinn haben in einer völlig befriedeten Welt und einer internationalen Ordnung, *die mehr ist als ein Start zu einem neuen Chaos und einer neuen weltweiten Konkurrenzwirtschaft.* Wir haben bereits gesagt, dass sich die Landwirtschaft nicht so leicht und schnell anpassen kann wie die Industrie, *weshalb man ohne sehr weitgehende Garantien für die landwirtschaftliche und militärische Sicherheit auch kein Land zwingen kann und soll, sich auf dem Gebiete der Landwirtschaft umzustellen.* Es muss dabei die Gewähr gegeben sein, dass es sich um einen *Dauerzustand,* d. h. eben um eine dauernde « *Ordnung* » handelt. Kann man uns — dies soll kein Vorwurf und keine Klage sein — diese Garantie nicht geben, so müssen wir, die wir letzten Endes doch auf uns selber angewiesen sein werden, auch weitgehend für uns selber sorgen, d. h. als unabhängiger und allen Stürmen der Zeit und der Welt ausgesetzter Staat. Darüber hinaus aber müssen wir uns zunächst vor allem für eine Ordnung in Europa einsetzen, die nur kommen kann durch eine komplementäre, sich gegenseitig ergänzende Wirtschaft Europas und einen möglichst weitgehenden europäischen Ausgleich zwischen Landwirtschaft und Industrie. Wenn Europa werden und leben soll, so muss es für alle Europäer anständige Lebensmöglichkeiten geben: für die Werktätigen in Stadt und Land, für die Industriestaaten und

die landwirtschaftlichen Staaten, wobei — im Gegensatz zur Planung, wie sie Deutschland auffasst — nicht die einen den anderen ausgeliefert werden sollen, sondern die Industriestaaten sinnvoll auf Industrie *und* Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Staaten ebenso sinnvoll auf Landwirtschaft *und* Industrie aufgebaut werden sollen und dabei der Nachdruck in natürlicher Weise auf jene Fähigkeiten gelegt wird, für die die einzelnen Länder besonders gute Voraussetzungen bieten.

Buchbesprechung.

Dr. jur. Dora Bührer. Der strafrechtliche Schutz der Glaubens- und Kulturfreiheit. 63 Seiten. Verlag Buchdruckerei Vogt-Schild, Solothurn.

In doppelter Hinsicht steht die religiöse Freiheit des Schweizers unter staatlichen Schutzbestimmungen. Niemand kann zur Teilnahme an religiösen Handlungen oder Gemeinschaften gezwungen werden — die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist gewährleistet gemäss Art. 49 der Bundesverfassung. Andererseits darf aber auch niemand — im Rahmen der öffentlichen Ordnung — an der freien Ausübung religiöser Betätigung verhindert werden. Mit dem Schutz gegen *Störung* der Glaubens- und Kultusfreiheit in diesem Sinne befasst sich das Strafrecht, insbesondere Art. 261 des neuen Schweiz. Strafgesetzbuches. Die Verfasserin setzt sich in gründlicher Weise mit diesen Schutzbestimmungen auseinander, untersucht ihre Voraussetzungen und ihre Tragweite und stellt diese Teilprobleme persönlicher Freiheit in den Zusammenhang der allgemeinen menschlichen Freiheit. Die Ergebnisse ihrer Untersuchung regen daher zum Weiterdenken an und bieten wertvolle Gesichtspunkte für die Beurteilung und Gestaltung *aller* politischen und individuellen Freiheitsrechte, die zum Wesen einer wirklichen Demokratie gehören. *st.*

Bei der „Gewerkschaftlichen Rundschau" und der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale eingegangene Schriften.

Schöne Literatur.

Aline Valangin. Die Bargada. Eine Chronik. Büchergilde Gutenberg, Zürich. 330 Seiten.

Jeremias Gotthelf. Anne Bäbi Jowäger. Büchergilde Gutenberg, Zürich. 394 Seiten.

Guglielmo Canevascini. Ein Dorf erwacht. Büchergilde Gutenberg, Zürich. 332 Seiten.

Pestalozzi. Lienhard und Gertrud. Erster und zweiter Teil nach der ersten Fassung. Rotapfel-Verlag, Erlenbach-Zürich. 498 Seiten. Geheftet Fr. 10.—, Leinen Fr. 11.—, Halbleder Fr. 17.50.

Anna Richli. Das unbeschriebene Gesicht. Erzählung. Verlag Friedrich Reinhardt, Basel. 111 Seiten. Fr. 3.—.

Marianne Langewiesche. Die Dame in Schwarz. Deutscher Volksverlag, München. 72 Seiten.

Hans Rudolf Balmer-Aeschi. S'isch geng eso gange . . . Bärndütschi Gschichte us alte Zyte. Verlag Friedrich Reinhardt, Basel. 124 Seiten. Fr. 3.—.

Walter Keller. Tessiner Geschichten. Verlag Friedrich Reinhardt, Basel. 132 Seiten. Fr. 3.—.